

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint die auf weiteren nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelabnahme monatlich 2 M., durch unsere Ausdräger zugerechnet in der Stadt monatlich 1 M., auf dem Lande 1 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Debitoren und Postbezieher werden ersucht, ihre Zahlungen rechtzeitig zu leisten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserentenpreis: 2 M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Kasten, die 2 spaltige Korpuszeile 1 M. Bei Uebertragung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile 1 M. Nachweisungs-Gebühr: Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist untersagt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 46.

Sonnabend / Sonntag 21. / 22. April 1923.

## Ämtlicher Teil.

### Öeffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Voranmeldungen zum Zwecke der Entrichtung von vierteljährlichen Vorauszahlungen auf **Umsatzsteuer** auf das Kalenderjahr 1923.

Die im Finanzamtsbezirk Rössen wohnenden umsatzsteuerpflichtigen Personen, die eine Voranmeldung über die Höhe des steuerpflichtigen Umsatzes im vergangenen Kalenderjahr 1923 (1. Januar bis 31. März) nicht abgegeben und eine entsprechende Vorauszahlung noch nicht geleistet haben, werden zur Ersparung von Steuerzuschlägen (15 evtl. 30 v. H. des Rückstandes für jeden angefallenen Kalendermonat) aufgefordert, spätestens

bis zum 30. April 1923

eine Voranmeldung einzureichen und die fällig gewordenen Vorauszahlungen an die Finanzkasse Rössen abzuführen.

Vordrucke hierzu werden bei den zuständigen Gemeindebehörden (Rathaus, Gemeindeamt) kostenlos abgegeben und auf Antrag vom Finanzamt zugestellt.

Die Finanzkasse hat folgende Bank- und Giroverbindungen:

Reichsbanknebenstelle Meissen,  
Postfachamt Dresden Nr. 80065,  
Stadtgirokasse Rössen Nr. 721.

Bei Ueberweisung von Steuern im Postcheck- oder Gemeindegiroverkehr sind stets der Name und die Wohnung des Abfassers sowie die Steuerart anzugeben.  
Rössen, am 18. April 1923. Das Finanzamt.

**Wiedereröffnung des Kinderhortes.** Nächsten Montag den 23. d. M. soll der Kinderhort wieder eröffnet werden. Näheres über Aufnahmebedingungen siehe Aufschlagtafeln. Anmeldungen sind in der Ratskanzlei (Zimmer 14) und von Montag ab bei der Fortleiterin zu bewirken.

**3000 Mark Hundesteuer** ist bis zum 25. d. Mts. an die Stadtkasse zu bezahlen.  
Wilsdruff, am 20. April 1923. Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Das Reichskabinett hat zur Förderung der Markstabilisierung eine Einschränkung der Einfuhr sowie eine Devisen-anmeldepflicht beschlossen.
- \* In mehreren Städten des besetzten Gebietes kam es zu ArbeitslosenDemonstrationen und Unruhen.
- \* Die Franzosen bereiten eine Ausdehnung der Besatzungszone im Schwarzwald vor.
- \* Die französisch-belgische Ingenieurkommission ist von der Rheinlandkommission auch für das als- und neubesetzte Gebiet für zuständig erklärt worden.
- \* Nach Pariser Meldungen soll die gewalttätige Errichtung einer rheinischen Republik geplant sein.
- \* Der Bericht der britischen Arbeiterabordnung über das Ruhrgebiet betont die Notwendigkeit einer aktiven englischen Politik.

### Dollar gegen Mark!

Von einem finanzwirtschaftlichen Mitarbeiter wird aus Berlin geschrieben:  
Wenn man zurückblickt, so wird man sagen müssen, daß eigentlich seit dem Tage der Stabilisierung des Dollars um 20 000 herum ein wachsender Druck des Wirtschaftsprozesses gegen diesen Kurs bestanden hat. Man erinnert sich ferner, daß bei der Einleitung der Stützungsaktion auch nur ein Stand um 30 000 herum in Aussicht genommen war, und daß der Dollar dann gegen die ursprüngliche Berechnung weiter herunterging. Es lag deshalb auf der Hand, daß die so entstandene Spannung im Laufe der Entwicklung sich verstärken müßte, und das ist denn auch in der letzten Zeit immer deutlicher in Erscheinung getreten. Am Mittwoch kam es mit der Unabwendbarkeit einer Katastrophe zu einem neuen Sturz der Mark, deren immer niedriger werdende Notierungen im Reichstage, wo Dr. Helfferich sich gerade für die energische Fortsetzung der Stützungsaktion ausgesprochen hatte, mit großer Beunruhigung aufgenommen wurden. Man fragte sich immer wieder, ob die Regierung etwa im stillen ihre Haltung geändert habe. Man erzählte sich, daß die Reichsbank bereits am Ende ihrer Kraft und Devisenmittel angelangt sei, und es gab Rabinettmitglieder, die mit Entrüstung den Gedanken einer Neueinstellung gegenüber dem Salutaproblem von sich wiesen und ganz entschieden versicherten, daß von einem Aufgeben der Stützungsaktion nicht die Rede sei. Am nächsten Vormittage lag denn auch die halbamtliche Erklärung vor, daß die Reichsregierung in der Tat mit aller Entschiedenheit darauf beharre, die Mark zu halten, und zu diesem Zweck erstens gegen die unrechtmäßige Spekulation mit äußerster Energie einschreiten werde, daß eine Notverordnung herauskommen würde, durch die die allgemeine Anzeigepflicht für Devisen zum Gesetz gemacht wird, und daß des ferneren zur Stärkung der Stützungsaktion entscheidende Maßnahmen, wie die Einschränkung der Einfuhr, ins Auge gefaßt seien. Deutlicher konnte von Regierungs wegen wirklich nicht gesagt werden, daß die erwähnten Gerüchte gegenstandslose Zweifelsreden seien.  
Bei dieser Gelegenheit ist es aber vielleicht von Interesse, sich einmal den rein börsenmäßigen Vorgang vor Augen zu führen, der am Mittwoch vormittag im Devisenzimmer der Berliner Börse das Vorspiel zum neuen Dollarsprung auf 33 000 gebildet hat. In den Tagen zuvor hatte nach Ansicht der Reichsbank die Spekulation in großen Maßstab Devisen gehandelt und, sobald die Reichsbank aus ihren Beständen die Nachfrage deckte, dieses Deckungsmaterial mit Verleibung aufgenommen. Man bekam auf diese Weise von der Reichsbank Dollars und Pfunde zu dem billigen stabilisierten Preise

und legte sie einige Minuten später im Börsenzimmer weiter zu den weit höheren Freihandelspreisen ab. Das war ein ganz sicheres und angenehmes Geschäft. Am Mittwoch war auf diese Weise die Nachfrage nach Devisen bereits auf die enorme Summe von 14 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Alle Welt nahm an, daß die Reichsbank den Betrag in gleicher Höhe herausgeben werde, weil ja eben die Stützungsaktion wie bisher weitergehen sollte. Es gab aber für die Beteiligten eine große wie unangenehme Überraschung. Der Devisen-Direktor der Reichsbank gab nämlich bekannt, daß die Reichsbank nicht, wie bisher, „stüzt“, sondern vorübergehend der Kursentwicklung ihren Lauf lassen wolle. Zu diesem Zwecke gedachte sie in der nächstfolgenden Weise zu „reparieren“, d. h., daß j. B. von den von der Spekulation hoffnungslos angeforderten hohen Beträgen in Dollars diesmal nur der — zwanzigste Teil von der Reichsbank durch eigenes Material gedeckt würde. Auf diese Mitteilung erwiderte an der Börse natürlich die größte Verwirrung; denn alle diejenigen, die auf die Reichsbank hin Dollarverbindlichkeiten eingegangen waren, mußten nun zur Glättstellung dieser Verbindlichkeiten gegenüber denen, die von ihnen Dollars „gekauft“ hatten, sehen, diese Dollars auf dem freien Markt zu jedem Preise zu beschaffen. Voran der Dollar seinen neuen Lauf begann. Die erwähnte halbamtliche Notiz besagt nun, daß die Reichsregierung trotzdem oder gerade deswegen nach wie vor fest entschlossen ist, die Lebenshaltung der Bevölkerung auch in Zukunft vor einer in heutiger Zeit untragbaren neuen ständigen Beunruhigung zu bewahren. Zu diesem Zwecke soll zunächst einmal die unrechtmäßige Spekulation ausgeschaltet werden, indem man sie dauernd in Atem und in Unsicherheit hält. Das soll dadurch erreicht werden, daß die Reichsbank von jetzt ab eine beweglichere Stützungsaktion treibt, dergestalt, daß man nur von Zeit zu Zeit, wenn es am wenigsten erwartet wird, durch Abgaben der Reichsbank eingreift und die Spekulation genau so, wie es am Mittwoch der Fall war, möglichst schweren Verlusten zuführt.

Andererseits werden Reichsbank und Reichsregierung allerdings auch die Frage zu lösen haben, ob und inwieweit etwaigen Anregungen der Industrie Rechnung getragen werden müsse, die darauf hinauslaufen, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands durch eine allzu niedrige Kursfestsetzung verhängnisvoll beeinträchtigt wird. Die Reichsregierung geht bei ihrer Stützungsaktion in erster Linie von dem Gesichtspunkte aus, daß die Leidtragenden bei diesem erneuten Tanz des Dollars wieder gerade die wirtschaftlich schwächsten Kreise sein würden. Aber im Interesse dieser Kreise wird es weniger darauf ankommen, in welcher Höhe der Dollar von neuem festgelegt wird, sondern nur darauf, daß das überhaupt und mit Kraft geschieht.  
Der Reichsregierung erwächst demnach die Aufgabe, zwischen den berechtigten Forderungen der Industrie und den breiten Massen einen Ausgleich zu suchen, und es wird ihr dabei wesentlich zuzustatten kommen, daß sowohl der Industrie wie der Bevölkerung im Grunde durch nichts besser gebient werden kann als durch die Sicherstellung fester Verhältnisse auf dem Gebiete der Währung.

### Die Maßnahmen der Regierung.

Angeichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zwecke sollen, abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden: 1. Eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr. 2. Die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach dem

Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Die Einschränkung der Einfuhr kann das Verbot der Einfuhr bestimmter Luxuswaren oder aber darüber hinaus das Abhängigmachen der Einfuhr von bestimmten Bedingungen bedeuten. Ob an die Einrichtung einer Devisenzentrale, also einer amtlichen Zu- und Verteilungsstelle gedacht ist, läßt sich noch nicht übersehen. Besonders in den Banken sollen die Devisenbestände überaus groß sein. Durch die Anzeigepflicht würden sie an den Tag kommen. In einer Sitzung von Regierung, Reichsbank und Vertretern der Privatbanken, die in Berlin stattfand, wurde auch darauf hingewiesen, daß man falls die bloße Anmeldung von Devisen nicht die gewünschte Wirkung erzielte, gezwungen sein würde, noch entscheidendere Maßnahmen im Punkte der Erfassung der Devisenbestände und der Regelung des Devisenverkehrs unter Ausschaltung der spekulativen Elemente zu treffen. Insbesondere wurde in Anregung gebracht, daß die Verleihung von Devisen und von Effekten in Zukunft nur noch mit Genehmigung der Reichsbank erfolgen dürfte.

### Die allmächtigen Ingenieure.

Auch für das besetzte Rheinland.  
Auf Grund eines Beschlusses der Rheinlandkommission soll die französisch-belgische Ingenieurmission im Ruhrgebiet unter der Oberhoheit der Rheinlandkommission auch in den besetzten Gebieten auf dem linken Rheinufer und im Gebiet der Brückenköpfe ihre Tätigkeit ausüben. Der Betrieb der Bergwerke, die Sprengstofflieferungen und die Erhebung der Kohlensteuer wären auf diese Weise in den Händen der Ingenieurmission für das besetzte Gebiet zentralisiert.

### Ausdehnung der Besetzung im Schwarzwald?

In Offenburg wird behauptet, daß weitere Besetzungen im Schwarzwald bis Hausach bevorstünden. Dort ist bereits mit der Räumung der Eisenbahnerwerkstätte begonnen worden. In Offenburg sind die militärischen Geschäftsräume erweitert und in das Kreisbezirksamt verlegt worden, was ebenfalls auf eine Ausdehnung der Besetzung schließen läßt. Auf den pfälzischen Eisenbahnlinien dauern starke französische Transportbewegungen an, und zwar sowohl aus Richtung Straßburg wie aus Richtung Lunzville.

### Gefahr am Rhein.

Ausrufung der „Rheinrepublik“ beschlossen?  
Die Abhebung des deutschen Reichskommissars im Rheinland gibt zu neuen Alarmgerüchten Anlaß. Man erzählt, daß die französische Regierung dazu entschlossen sei, jetzt eine administrative wirtschaftliche Autonomie des Rheinlandes einzuführen, und daß dieses Mandat nur die Einleitung zu einer größeren Operation sei: der Gründung einer „Rheinischen Republik“.  
Man glaubt, daß es sich nicht bloß um Phantasien handelt. Offiziös werden die Absichten dieser Art bestritten. Es ist aber festzustellen, daß seit einigen Tagen über die Pläne Dortens Schweigen herrscht. Die französischen Nationalisten sind äußerst rege und verbergen ihre Pläne nicht, die sie mit der von ihnen erwarteten „Kapitulation Deutschlands“ verbinden.

### Deutscher Reichstag.

(27. Sitzung.) OB. Berlin, 19. April.  
Nachdem die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes mit der gegen die Stimmen der Linken beschlossen